

# Der sächsische Erzähler,

## Wochenblatt

### für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtblatt der Kgl. Amtshauptmannschaft und der Kgl. Schulinspektion zu Bautzen  
sowie des Königlich-Preussischen Gerichtsamtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs und Sonnabends und kostet einschließlich der Sonntags-  
abends erscheinenden „belletristischen Beilage“ vierteljährlich 1 Mark 50 Pfg. (16 Ngr.). Inserate werden bis Dienstag  
und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die gespaltene Corputzeile oder deren Raum 10 Pfennige.

N<sup>o</sup> 82.

Mittwoch, den 17. October.

1877

#### Politische Weltschau.

Im politischen Leben herrschte vorige Woche eine recht trübe herbstliche Stimmung. Allerlei Gerüchte von einem Umschwung in der deutschen Politik lasteten auf den Gemüthern. Die conservativen Organe traten mit sichtlich gehobenem Machtbewußtsein auf, als wären sie ihres Sieges bereits sicher. Selbst liberale preussische Blätter erklärten: Wir haben es mit dem Beginn jener Reactionszeit zu thun, die nach der dritten nationalen Erhebung unseres Volkes wie nach den beiden ersten folgen zu sollen scheint. Die liberalen Ideen haben nach der Ansicht der Machthaber im Dienste der Machtpolitik ihre Schuldigkeit gethan; sie können gehen. Was von liberalen Gesetzen während der Zeit, wo man mit dem Liberalismus sich auf guten Fuß zu stellen politische Gründe hatte, zu Stande gekommen ist, das muß für's Erste zwar in Geltung belassen werden; für seine Revision wird aber, sobald man erst eine gefügigere Majorität in der Volksvertretung besitzt, schon Sorge getragen werden. Inwieweit diese Besorgnisse begründet sind, läßt sich allerdings sehr schwer sagen; indessen wird man darüber bald in's Klare kommen, falls der Kaiser das vom Grafen Eulenburg eingereichte Entlassungsgesuch annimmt. Denn in der Wiederbesetzung des vacanten Ministerpostens wird sich dann die Richtung widerspiegeln, welche die deutsche Politik einzuschlagen gedenkt.

Von Wichtigkeit sind die Verhandlungen der Reichsregierung mit Rußland wegen Herbeiführung von Verkehrserleichterungen an den deutsch-russischen Grenzen. Der Petersburger „Herold“ schreibt darüber: Die deutsche Regierung hat sich an unsere Regierung mit der Aufforderung gewandt, die ihrerseits ausgearbeiteten Vorschläge resp. Wünsche einer Prüfung zu unterziehen. Die Wünsche in der Form eines Memorandums zusammengefaßt und von einem erläuternden Schreiben begleitet, sind durch Vermittelung der hiesigen deutschen Botschaft der competenten Autorität vorgelegt worden. Die Vorschläge theilen sich in zwei Kategorien — die erste behandelt die Frage der Erleichterung des Verkehrs durch Eröffnung neuer Zollstellen an der russisch-deutschen Grenze und Verleihung größerer Rechte an die bestehenden russischen Zollinstitutionen in Betreff

der Abfertigung der Waaren. Die zweite Kategorie berührt theilweise die Positionen des Zollgesetzes, d. h. die Grundsätze unseres Zollsystems, theilweise die Reglements, welche der Zolladministration zur Richtschnur dienen.“ — Außerdem sind die strengen Zollstrafen, welche gegen uncorrecte Declarationen und ähnliche Formfehler sich richten, die Rüstigkeit des russischen Artelwesens (eine Art Zunftmonopol) für den deutschen Kaufmann und das Paßsystem berührt worden. Wir können diesen Bestrebungen der deutschen Regierung, in solcher Weise dem deutschen Handel und der Industrie den Osten Europa's zu erschließen, unsere aufrichtigste Anerkennung zollen und wünschen denselben besten Erfolg.

Raum ist in Oesterreich der Freiwilligen Putsch Siebenbürgens zur Ruhe verwiesen, so locht bei den Ungarn die Türkenfreundlichkeit über, denn 1500 Mann sind bewaffnet in Rumänien eingedrungen. Die armen Thoren! Was Minister Tisza vor einigen Tagen im ungarischen Abgeordnetenhaus wegen der Siebenbürger Vorfälle sagte, paßt auch auf diesen neuesten Putsch. Man wird zugeben müssen, erklärte der Minister, daß es nicht wackere Männer sind, die sich bei uns an die Spitze einer solchen Bewegung stellen, als es Garibaldi war, und doch wurde schließlich der von der ganzen italienischen Nation angebetete Garibaldi durch die bewaffnete Macht darüber belehrt, daß in einem unter constitutionellen Gesetzen lebenden Staate nicht einmal ein Garibaldi sich widersetzen dürfe. (Lebhafte Zustimmung im Centrum).

Thatsache ist es, daß Waffensendungen stattgefunden haben. Hätte die Regierung sich damit begnügt, die Waffen zu confisciren, ohne es zu versuchen, in Erfahrung zu bringen, ob nicht schon mehr Waffen eingeschmuggelt worden seien, ohne diejenigen, welche dies verübten, der Hand der strafenden Gerechtigkeit, den ordentlichen Gerichten zu überliefern, so würde sie, glaube ich, das größte Verschulden und Vergehen begangen haben und zwar nicht nur gegen das Land, sondern auch gegen jene armen Leute, welche der gewissenlose Reichthum Einigen dem traurigsten Schicksal überliefern wollte. (Lebhafte Zustimmung). Daß Waffen confiscirt wurden, ist bekannt, wie viel, kann ich heute noch nicht genau sagen; ich glaube bis jetzt schon nahezu 2000 Stück.

Zweihundertsechzigster Jahrgang.